

Inhaltsübersicht

Inhaltsverzeichnis	XI
Literaturverzeichnis	XXXV
Abkürzungsverzeichnis	LV
Einleitung	1
A. Zielsetzungen dieser Arbeit	2
B. Zahlen und Fakten zum Bereich der Umgangsregelung bei Pflegekindschaft	2
C. Die Rechtslage und Reformbemühungen	7
D. Herangehensweise an die Ausgangsfrage	11
Erstes Kapitel: Grundlagen des Pflegekinderrechts	13
A. Historische Betrachtung der Rechtsnatur des Umgangsrechts	13
B. Völkerrechtliche und verfassungsrechtliche Grundlagen	13
C. Die Funktionen und die Teleologie des Umgangsrechts	32
D. Die Hierarchie der zentralen Regulierungsaufgaben	74
Zweites Kapitel: Maßgebende Normen des Zivilrechts	83
A. Rechtliche Ausgangslage und Orientierung	83
B. Die zentralen Regelungen der §§ 1626 Abs. 3, 1632 Abs. 4 und 1684 ff. BGB	97
C. Resümee zu den maßgebenden Normen des Zivilrechts	302
Drittes Kapitel: Sozialrechtliche Regelungen	309
A. Rechtliche Ausgangslage	309
B. Sozialrechtliche Regelungen im Speziellen	313
C. Ergebnisse und Resümee zu den sozialrechtlichen Regelungen	366

Viertes Kapitel:	
Verfahrensrechtliche Regelungen	377
A. Rechtliche Ausgangslage	377
B. Verfahrensrechtliche Regelungen im Speziellen	378
C. Resümee zu den verfahrensrechtlichen Regelungen	436
 Fünftes Kapitel:	
Ergebnisse zum geltenden Recht und Resümee	441
A. Ergebnisse zum geltenden Recht	441
B. Resümee	444
 Sechstes Kapitel:	
Vorschläge und Schlusswort	451
A. Lösungsvorschläge zu BGB, SGB VIII und FamFG	451
B. Schlusswort	530
 Anhang	533
A. Rechtsprechungsübersicht: Vertiefend untersuchte Rechtsprechung des Kapitels 2 B. II. 1. d) zu § 1684 Abs. 4 BGB nach dem Jahr 2000	533
B. Übersichten der speziellen und konzeptionellen Schlüsselprobleme . .	538
C. Synoptische Darstellung der Lösungsvorschläge	540
D. Grafik zu Schlüsselproblemen und Lösungsvorschlägen	551

Inhaltsverzeichnis

Literaturverzeichnis	XXXV
Abkürzungsverzeichnis	LV
Einleitung	1
A. Zielsetzungen dieser Arbeit	2
B. Zahlen und Fakten zum Bereich der Umgangsregelung bei Pflegekindschaft.	2
I. Vollzeitpflege im Sinne des § 33 SGB VIII	2
II. Umgangkontakte und Umgangsregelungen	5
C. Die Rechtslage und Reformbemühungen	7
I. Rechtslage.	7
II. Aktuelle Entwicklungen: das Kinder- und Jugendstärkungsgesetz	8
D. Herangehensweise an die Ausgangsfrage	11
Erstes Kapitel:	
Grundlagen des Pflegekinderrechts	13
A. Historische Betrachtung der Rechtsnatur des Umgangsrechts.	13
B. Völkerrechtliche und verfassungsrechtliche Grundlagen	13
I. Internationale Regelungen: Artt. 3, 9 Abs. 3, 12, 19, 20 Abs. 1 UN-KRK, Art. 24 GRC und Art. 8 Abs. 1 EMRK	14
1. Die UN-Kinderrechtskonvention	14
2. Europäisches Recht	15
II. Verfassungsrechtliche Grundlagen.	17
1. Die gesetzlichen Grundlagen:	
Artt. 1 Abs. 1, 2, 6 Abs. 1-3, 20 Abs. 3, 103 Abs. 1 GG	17
a) Kinderrechte im Grundgesetz	17
b) Die Artikel 6 und 20 GG	18
aa) Schutz der Pflegefamilie (Art. 6 Abs. 1 GG).	18
bb) Schutz des Elternrechts (Art. 6 Abs. 2 GG)	18
cc) Staatliches Wächteramt (Art. 6 Abs. 2 Satz 2 GG) und der Grundsatz der Verhältnismäßigkeit (Art. 20 Abs. 3 GG).	20
dd) Eingriffsbefugnis des Staates (Art. 6 Abs. 3 GG)	21

c) Rechtliches Gehör (Art. 103 Abs. 1 GG)	22
2. Die Rechtsprechung des BVerfG	22
a) Ein Rückblick auf die Rechtsprechung des BVerfG am Beispiel des Falles der Rückführung der Zwillinge: BVerfG, Beschluss vom 22.05.2014.	23
aa) Der Sachverhalt	23
bb) Inhalt der Entscheidung des BVerfG	25
cc) Rechtliche Wertung und Bezug zur weiteren Rechtsprechung des BVerfG.	26
(1) Die sieben Kammerentscheidungen des BVerfG.	26
(2) Überbetonung des Elternrechts	28
b) Rechtliche Wertung der Entscheidung des BVerfG vom 03.02.2017, Fall der geplanten Rückführung eines vormals schwer misshandelten Kleinkindes zu den womöglichen „Täter-Eltern“	29
aa) Sachverhalt und Verfahrensgang.	29
bb) Rechtliche Wertung	30
C. Die Funktionen und die Teleologie des Umgangsrechts	32
I. Funktion des Umgangsrechts nach dem Verfassungsrecht	33
II. Funktion des Umgangsrechts für das Pflegekind	34
III. Funktion des elterlichen Umgangsrechts	34
IV. Funktion des Umgangsrechts und das Bestehen oder Nicht- bestehen einer Rückkehroption.	35
1. Einführung zu relevanten Bestandteilen von Umgangsregelungen	36
a) Zur Häufigkeit und Dauer von Umgang	36
aa) Zentrale Gesichtspunkte	36
bb) Frequenzen von Umgang	38
b) Wege) zum Ort des Umgangs	40
aa) Wege zum Umgang	40
bb) Orte von Umgang	40
c) Arten des Kontakts	41
aa) Risiken anderer Arten des Kontakts	41
bb) Vorteile anderer Arten des Kontakts.	43
2. Funktion des Umgangsrechts bei bestehender Rückkehr- option	44
a) Bestehende Rückkehroption in Bezug zu Häufigkeit und Dauer von Umgang	44

b)	Bestehende Rückkehroption und der Ort des Umgangs . . .	47
c)	Fokus auf die Vorbereitung der Rückführung und Arten des Kontakts	48
3.	Funktion des Umgangsrechts bei unwahrscheinlicher Rückkehr des Pflegekindes in die Herkunftsfamilie	49
a)	Nicht bestehende Rückkehroption in Bezug zu Häufigkeit und Dauer von Umgang	50
b)	Nicht bestehende Rückkehroption und Ort des Umgangs .	59
c)	Fokus auf Stabilität und Arten des Kontakts	60
4.	Rückschlüsse auf die Perspektivklärung	62
a)	Scheitern des Pflegeverhältnisses	63
b)	Vom Kind aus denken und der Blickwinkel der leiblichen Eltern	64
c)	Prozesshafte Sichtweise, der Schwebezustand und der im Hinblick auf die Entwicklung des Kindes vertretbare Zeitraum	66
d)	Fazit zur Perspektivklärung	70
5.	Resümee zur Funktion des Umgangsrechts und dem Bestehen oder Nichtbestehen einer Rückkehroption	71
D.	Die Hierarchie der zentralen Regulierungsaufgaben	74
I.	Schutz des Kindes vor Gefahren für sein Wohl	74
II.	Lebensmittelpunkt des Kindes und das kindliche Zeitempfinden .	75
III.	Regelung des Umgangs	78
IV.	Der Grundsatz der Hierarchie in der Praxis.	79
V.	Abschließende Betrachtungen zur Hierarchie der zentralen Regulierungsaufgaben	81
Zweites Kapitel:		
Maßgebende Normen des Zivilrechts.		83
A.	Rechtliche Ausgangslage und Orientierung	83
I.	Historie.	83
II.	Differenzierung zwischen Scheidungskindern und Pflegekindern.	84
1.	Erster Grund: Psychosozialer Status.	85
a)	Schwer belastende Familiengeschichte	85
b)	Rechtsverletzungen von Pflegekindern.	88
c)	Folgen für Entwicklung, Verhalten und Wohlergehen	89
2.	Zweiter Grund: Beziehungs- und Bindungserleben sowie unterschiedliche Ziele des Kontakts.	91

3. Dritter Grund: Unsichere Rechts- und Lebenslage	93
4. Fazit zur Differenzierung zwischen Scheidungskindern und Pflegekindern	96
B. Die zentralen Regelungen der §§ 1626 Abs. 3, 1632 Abs. 4 und 1684 ff. BGB	97
I. Der Grundsatz des § 1626 Abs. 3 Satz 1 BGB	97
1. Kindeswohldienlichkeit	98
a) Zusammenhänge zwischen regelmäßigen Besuchs- kontakten und dem Wohlbefinden von Langzeit- pflegekindern	100
aa) Mangelndes Einhalten von Umgangsvereinbarungen . .	102
bb) Desinteresse oder Zurückweisung seitens der Eltern . .	103
cc) Erneute Gefährdungseignisse beim Umgang und Vermittlung von sehr negativen Einstellungen gegen- über den Pflegeeltern durch die leiblichen Eltern	103
dd) Belastungen von Umgangskontakten und die Bewer- tung der Zusammenhänge von Umgangskontakten mit Verhaltensanpassung, Entwicklungsverlauf sowie der Integration in die Pflegefamilie	104
(1) Häufigkeit	105
(2) Gefühle und externalisierendes Problemverhalten . .	105
(3) Posttraumatische Belastungsstörungen nach innerfamiliärer Gewalt und die Betrachtung miss- handelnder und vernachlässigter Kinder	108
b) Zwischenergebnis zur Kindeswohldienlichkeit	112
2. Die drei kognitiven Verzerrungen des § 1626 Abs. 3 Satz 1 BGB	115
a) Die erste kognitive Verzerrung: Das „Framing“	115
b) Die zweite kognitive Verzerrung: Der „Confirmation Bias“	116
c) Die dritte kognitive Verzerrung: Das „Priming“	117
3. Fazit zu § 1626 Abs. 3 Satz 1 BGB	117
a) Keine Geltung des Grundsatzes im Sinne von § 1626 Abs. 3 Satz 1 BGB	117
b) Ungenügende Widerlegbarkeit der Vermutung des § 1626 Absatz 3 Satz 1 BGB	120
c) Fatale Weichenstellung durch § 1626 Abs. 3 Satz 1 BGB und deren Folgen	121
II. §§ 1684 f. BGB	123
1. § 1684 BGB	123
a) Rechte und Pflichten beim Umgang, § 1684 Abs. 1 BGB .	124

aa) Historie	124
bb) § 1684 Abs. 1 BGB heute	124
(1) Anwendbarkeit	124
(2) Inhalt	125
(3) Umgang als Pflicht	126
cc) Fazit zu den Rechten und Pflichten beim Umgang, § 1684 Abs. 1 BGB	127
b) Die Wohlverhaltensklausel, § 1684 Abs. 2 BGB	127
aa) Historie	128
bb) Der geltende § 1684 Abs. 2 BGB	128
(1) Inhalt	128
(2) Problematik Wohlverhalten bei Pflegekindschaft	128
(a) Standpunkt der leiblichen Eltern	130
(b) Standpunkt der Pflegeeltern	132
(c) Die Sicht des Kindes	135
cc) Fazit zur Wohlverhaltensklausel, § 1684 Abs. 2 BGB	137
c) Die Umgangspflegschaft, § 1684 Abs. 3 BGB	138
aa) Historie	138
bb) Der geltende § 1684 Abs. 3 BGB	138
(1) Inhalt	138
(a) Anordnung einer Umgangspflegschaft	138
(b) Kompetenzen eines Umgangspflegers	139
(aa) Aufgaben eines Umgangspflegers	139
(bb) Häufigkeit, Dauer, Ort und Art	139
(c) Befristung und Verlängerung	140
(2) Problematik des § 1684 Abs. 3 BGB – Rückgriff auf das Scheidungs- und Trennungsrecht	141
(3) Die Umgangspflegschaft, Vollstreckung und das Verfahrensrecht	141
(a) Ordnungsmittel	142
(b) Die bei Pflegekindern geltenden Besonder- heiten	143
(aa) Zwangsweise Durchsetzung der Umgangs- pflicht von Herkunftseltern	143
(bb) Verweigerung des Umgangs durch die Pflegeeltern	146
(cc) Unmittelbarer Zwang gegen das Pflege- kind	149

cc) Abschließende Betrachtungen zur Umgangspflegschaft	152
d) Einschränkungen und Ausschluss des Umgangs, § 1684 Abs. 4 BGB	154
aa) Historie	154
bb) § 1684 Abs. 4 BGB heute	155
(1) Einschränkung oder Ausschluss, § 1684 Abs. 4 Sätze 1 und 2 BGB.	155
(a) Inhalt der gerichtlichen Entscheidung	155
(b) Gestufte Kindeswohlprüfung	157
(aa) Unzureichende Gründe für eine Einschränkung oder einen Ausschluss	158
(aaa) In Bezug auf den Umgangsberechtigten	158
(bbb) In Bezug auf das Kind	159
α) Der Wille des Kindes	160
β) Nicht ausreichende Ausschluss- oder Einschränkungsgründe, die im Willen des Kindes verankert sind	163
(bb) Ausreichende Gründe, um das Umgangsrecht einzuschränken oder auszuschließen	165
(aaa) In Bezug auf den Umgangsberechtigten	165
α) Krankheiten und Abweichungen	165
β) Straftaten und Fehlverhalten	166
γ) Verhältnis zur Pflegefamilie und Rückkehrperspektive	168
(bbb) In Bezug auf das Kind	170
α) Eingewöhnung des Pflegekindes	170
β) Gefährdungen der physischen oder psychischen Entwicklung.	172
γ) Erleben von Partnerschaftsgewalt	174
δ) Risiko weiterer Traumatisierung des Kindes	175
ε) Abschließendes zu den allgemeinen Gründen	180
ζ) Problematik der möglichen Täterschaft der Eltern.	182
αα) Der Beschluss des BVerG vom 03.02.2017 im Kontext weiterer Rechtsprechung und des Kindesrechts auf Schutz	182

ββ)	Interdisziplinäre sowie rechtliche Analyse, Risikoabwägung und Wertung	185
γγ)	Fazit zur Problematik der möglichen „Täter-Eltern“	191
η)	Ausreichende Gründe zur Einschränkung oder zum Ausschluss des Umgangs mit den Herkunftseltern, die im Willen des Kindes verankert sind	194
αα)	Sachverhalt und Verfahrensgang des BVerfG Beschlusses vom 29.11.2012	201
ββ)	Rechtliche Wertung und das Alter des Kindes	202
γγ)	Auswirkungen des Beschlusses des BVerfG vom 29.11.2012 auf zeitlich nachfolgende Rechtsprechung bei dem Umgang entgegenstehendem Kindeswillen	207
θ)	Zum Konzept der (schrittweisen) Umgewöhnung durch Umgang	212
αα)	Weitere relevante Rechtsprechung, die sogenannte „Lockerung“ und verbundene Grundrechtspositionen	215
ββ)	Die Eltern-Kind-Bindung	217
γγ)	Trennung des verwurzelten Pflegekindes von den Pflegeeltern	220
δδ)	Fazit zum Konzept der (schrittweisen) Umgewöhnung durch Umgang	226
(cc)	Fazit zur gestuften Kindeswohlprüfung	227
(2)	Zum begleiteten Umgang, § 1684 Abs. 4 Satz 3 und 4 BGB	229
(a)	Hintergrund und Gründe für die Anordnung von begleitetem Umgang	230
(b)	Wünsche des Kindes, der Herkunftseltern und die Anwesenheit der Pflegeeltern	232
(c)	Begleiteter Umgang als zeitlich befristete und vorübergehende Maßnahme bei Pflegekindschaft	234
(aa)	Pflegekindschaftsverhältnisse dem Wesen nach nicht grundsätzlich vorübergehend	234
(bb)	Keine Zielsetzung um jeden Preis	234

(cc) Keine Vermutung der Kindeswohl- dienlichkeit von Umgang im Rahmen der Pflegekindschaft.	235
(dd) Fazit zum begleiteten Umgang als zeitlich befristete und vorübergehende Maßnahme bei Pflegekindschaft	235
(d) Begleiteter Umgang als scheinbare Lösung	235
(aa) Retraumatisierung	235
(bb) Umgewöhnung	237
(cc) Keine absolute Sicherheit durch Begleitung des Umgangs	238
(e) Abschlussbetrachtungen zum begleiteten Umgang	239
cc) Resümee zu § 1684 Abs. 4 BGB	239
e) Fazit zu § 1684 BGB	240
aa) Zwischenergebnis zur Kommentarliteratur hinsichtlich § 1684 BGB	240
(1) J. von Staudingers Kommentar zum Bürgerlichen Gesetzbuch	241
(2) Münchener Kommentar zum Bürgerlichen Gesetzbuch	243
(3) Abschlussbetrachtungen	246
bb) Gesamtergebnis zu § 1684 BGB	247
2. Umgang des Kindes mit anderen Bezugspersonen, § 1685 BGB	248
a) Das Wohl des Kindes im Sinne der §§ 1626 Abs. 3 Satz 2 und 1685 BGB und das Verhältnis zu § 1684 BGB	249
aa) § 1626 Abs. 3 Satz 2 BGB	249
bb) § 1685 BGB	250
cc) Das Verhältnis zu § 1684 BGB	251
b) § 1685 Abs. 1 BGB	251
aa) Umgangskontakte von Großeltern	252
bb) Umgangskontakte von Geschwistern	253
(1) Mögliche negative Auswirkungen von Umgangs- kontakten mit Geschwistern.	254
(2) Mögliche positive Aspekte von Umgangs- kontakten mit Geschwistern.	255
(3) Fazit zu Umgangskontakten mit Geschwistern	256
c) § 1685 Abs. 2 BGB und relevante Rechtsprechung	258

aa) Umfasster Personenkreis und grundsätzliche Feststellungen	258
bb) Sozial-familiäre Beziehung	259
cc) Der Fall des OLG Celle aus 2015.	260
d) § 1685 Abs. 3 BGB	261
aa) Umgangspflegschaft	262
bb) Begleiteter Umgang	262
cc) Ausschluss des Umgangs.	262
e) Kein Rechtsanspruch des Kindes nach § 1685 BGB	264
aa) Die UN-Kinderrechtskonvention.	264
bb) Europäisches Recht	265
cc) Verfassungsrecht.	265
dd) Fazit hinsichtlich des Rechtsanspruchs	266
f) Fazit zu § 1685 BGB	266
aa) § 1684 und § 1685 im Vergleich	267
bb) § 1685 Abs. 1 BGB und der Rechtsanspruch des Pflegekindes.	268
cc) § 1685 Abs. 2 BGB	268
dd) § 1685 Abs. 3 BGB	269
ee) Gesamtergebnis zu § 1685 BGB	269
3. Ergebnis zu den §§ 1684 f. BGB und ihrer Kompatibilität mit Umgangsregelungen bei Pflegekindschaft	270
III. Die Verbleibensanordnung nach § 1632 Abs. 4 BGB bei Familienpflege aus dem Blickwinkel von Umgangsregelungen.	270
1. Die Befristung einer Verbleibensanordnung nach § 1632 Abs. 4 BGB und ihre Auswirkungen auf Umgangsregelungen bei Pflegekindschaft.	273
a) Rechtmäßigkeit der Befristung einer Verbleibensanordnung nach § 1632 Abs. 4 BGB	274
aa) Fehlende Dauerhaftigkeit, Kontinuität und Stabilität.	274
bb) Fehlende emotionale Sicherheit und die Schädlichkeit von Schwebezuständen.	276
(1) Auseinanderfallen von Recht und Lebenswirklichkeit	277
(2) Schädliche Schwebezustände	278
cc) Ergebnis zur Rechtmäßigkeitsprüfung	279
b) Fazit zur Befristung einer Verbleibensanordnung nach § 1632 Abs. 4 BGB und ihre Auswirkungen auf Umgangsregelungen bei Pflegekindschaft	280

2. Resümee zur Verbleibensanordnung nach § 1632 Abs. 4 BGB bei Familienpflege aus dem Blickwinkel von Umgangsregelungen	282
IV. Abänderung gerichtlicher Entscheidungen und das Kindeswohlprinzip	284
1. § 1696 BGB	284
a) Zu Absatz 1 des § 1696 BGB	284
aa) Formelle Rechtskraft	285
bb) Die Rolle des Familiengerichts	285
cc) Für eine Änderung sprechenden Gründe	285
dd) Triftigkeit und nachhaltige Berührung des Kindeswohls.	286
ee) Überprüfung	288
b) Zu Absatz 2 des § 1696 BGB	289
aa) Kinderschutzrechtliche Maßnahme und das Wohl des Kindes	289
(1) Neue Gefahr der Herausnahme des Pflege- kindes.	290
(2) Die Aufhebung einer Verbleibensanordnung und der Kindeswille.	292
bb) Überprüfung	292
c) Fazit zu § 1696 BGB	293
aa) Das Prüfungsverfahren, Beunruhigung und Verunsicherung	294
bb) Umfassende Kindeswohlprüfung	295
(1) Herausnahme	295
(2) Erziehungsverhältnisse	295
(3) Fazit zur umfassenden Kindeswohlprüfung	296
cc) Schlussfolgerungen.	296
2. § 1697a BGB, Kindeswohlprinzip.	296
a) Erziehungsverhältnisse, Rückkehroption, Umgang und kindliches Zeiterleben	297
b) Stabilität und Kontinuität	298
3. Fazit zur Abänderung gerichtlicher Entscheidungen und dem Kindeswohlprinzip	298
V. Ergebnisse zu den §§ 1626 Abs. 3, 1632 Abs. 4 und 1684 ff. BGB im Überblick.	299
1. § 1626 Abs. 3 BGB, Kindeswohldienlichkeit von Umgang	299
2. § 1632 Abs. 4 BGB, die Verbleibensanordnung.	300

3. §§ 1684 ff. BGB	301
a) Ergebnisse zu den §§ 1684 f. BGB und ihrer Kompatibilität mit Umgangsregelungen bei Pflegekindschaft	301
b) Ergebnisse zur Abänderung gerichtlicher Entscheidungen und dem Kindeswohlprinzip, §§ 1696 und 1697a BGB	301
C. Resümee zu den maßgebenden Normen des Zivilrechts	302
I. Die Handhabung der Umgangsregelungen, des Kindeswohls und des Elternrechts im BGB	302
II. Die Perspektivplanung (kindliches Zeitempfinden), der Verbleib auf Dauer und Elternarbeit im BGB	303
III. Grundlegende Problematik der fehlerhaften Konzipierung	304
IV. Schwere Mangel in Bezug auf den Umgang des Pflegekindes mit anderen Bezugspersonen	305
V. Zusammenfassende systematische und historische Auslegung des BGB hinsichtlich der Pflegekindschaft und ihren Umgangsregelungen	305
VI. Gesamtergebnis zu den maßgebenden Normen des Zivilrechts	306
Drittes Kapitel:	
Sozialrechtliche Regelungen	309
A. Rechtliche Ausgangslage	309
I. Zur Interdependenz der Rechtsgebiete	309
II. Historie des SGB VIII	311
III. Aktuelle Entwicklungen – das KJSG	312
B. Sozialrechtliche Regelungen im Speziellen	313
I. § 8 Abs. 3 SGB VIII, Anspruch auf Beratung	313
II. § 8a SGB VIII, Schutzauftrag bei Kindeswohlgefährdung	314
III. Der bedeutende § 18 SGB VIII, Beratung und Unterstützung bei der Ausübung des Umgangsrechts	315
1. Historie des § 18 SGB VIII	315
2. Ziele der Beratung nach § 18 Abs. 3 SGB VIII	315
3. Beratungsinhalte zum Umgangsrecht	316
a) Gestaltung von Umgangskontakten	316
b) Umgangsunterstützung, § 18 Abs. 3 Sätze 1-3 SGB VIII	317
4. Adressaten der Beratung nach § 18 Abs. 3 SGB VIII	317
5. § 18 Abs. 3 Satz 1 SGB VIII	317
a) Der Rechtsanspruch des Kindes	318

b)	Kennntnis des/der Personensorgeberechtigten und die Vor- und Nachbereitung von Umgang	318
c)	Anwesenheit der Pflegeperson	319
6.	§ 18 Abs. 3 Satz 2 SGB VIII	319
7.	§ 18 Abs. 3 Sätze 3 und 4 SGB VIII	320
a)	Eltern und andere Umgangsberechtigte	320
b)	Pflegeeltern	321
c)	§ 18 Abs. 3 Satz 4 SGB VIII, Umgangsunterstützung durch Vermittlung.	322
d)	§ 18 Abs. 3 Satz 4 SGB VIII, Umgangsunterstützung durch Hilfestellung	322
aa)	Geeignete Fälle der Hilfestellung	323
bb)	Aufgaben der Hilfestellung.	323
e)	Fazit zu § 18 Abs. 3 Satz 4 SGB VIII.	324
8.	Gesamtergebnis zu § 18 SGB VIII	324
IV.	§ 27 SGB VIII, Hilfe zur Erziehung	326
1.	Historie des § 27 SGB VIII.	326
2.	Teleologie	326
3.	Systematik und kritische Würdigung des Gesetzes	326
a)	Kategorisierung durch das Gesetz	327
b)	Beurteilung, Anwendung und Umsetzung.	328
c)	Ergebnis zur systematischen Kompatibilität.	330
4.	Regelungsgehalt.	330
a)	Absatz 1.	330
b)	Absatz 2.	331
5.	Fazit zur Kompatibilität des § 27 SGB VIII.	331
V.	§ 33 SGB VIII, Vollzeitpflege	332
1.	Historie.	332
2.	Teleologie der Norm und Ziel der Vollzeitpflege	333
3.	§ 33 Satz 1 SGB VIII	334
a)	Vollzeitpflege als Hilfe zur Erziehung in § 33 Satz 1 SGB VIII.	334
b)	Regelungsgehalt des Satzes 1	335
aa)	(Zeitliche) Formen der Vollzeitpflege	335
(1)	Zeitlich befristete Erziehungshilfe und ihr Ziel.	335
(2)	Auf Dauer angelegte Lebensform und ihr Ziel	335
(3)	Die Auswahl der Form	337
(a)	Zeitliche Komponente der Auswahl der Form.	337

(b) Basiskriterien für die Auswahl der Form	338
(aa) Die feste Verwurzelung des Pflegekindes – ein ungeschriebenes Basiskriterium?	338
(bb) Das Alter und der Entwicklungsstand des Kindes als Basiskriterien.	340
(cc) Die persönlichen Bindungen des Kindes als Basiskriterium.	341
(dd) Die Möglichkeiten der Verbesserung der Erziehungsbedingungen in der Herkunftsfamilie als Basiskriterium	342
(ee) Fazit zu den Basiskriterien	343
(c) Fazit zur Auswahl der Form	344
bb) Ort der Vollzeitpflege: Eine andere Familie	345
cc) Rückschlüsse auf den Regelungsgehalt des Satzes 1 . . .	346
c) Rückschlüsse auf die Kompatibilität des Satzes 1	346
4. § 33 Satz 2 SGB VIII	347
5. Gesamtfazit zur Kompatibilität des § 33 SGB VIII	347
VI. § 36 SGB VIII, Mitwirkung, Hilfeplan.	348
1. Historie.	349
2. Teleologie	349
3. Inhalt der Regelung.	349
a) Offene Fragen bezüglich der Perspektivklärung sowie der Beteiligung, Beratung und Unterstützung	349
b) Annahme als Kind, § 36 Abs. 1 Satz 2 SGB VIII.	350
c) Umgang im Rahmen des Hilfeplans	351
4. Fazit zu § 36 SGB VIII	353
VII. § 37 SGB VIII, Zusammenarbeit bei Hilfen außerhalb der eigenen Familie.	354
1. Historie.	354
2. Teleologie	354
3. Inhalt	355
a) § 37 Abs. 1 SGB VIII	355
aa) Satz 1	355
bb) Satz 2	356
(1) Der vertretbare Zeitraum	356
(2) Beratung und Unterstützung unter dem Blick- punkt der Perspektive des Pflegeverhältnisses	357
cc) Satz 3.	359

(1) Umgang bei Bestehen einer Rückkehrperspektive und darauf bezogene Beratung und Unterstützung	360
(2) Umgang bei auf Dauer angelegter Lebensperspektive und darauf bezogene Beratung und Unterstützung	360
(3) Das Fehlen von Beratung und Unterstützung in Bezug auf Umgangskontakte	360
dd) Satz 4.	362
b) § 37 Abs. 2 und 3 SGB VIII	363
4. Fazit zu § 37 SGB VIII	364
VIII. § 50 SGB VIII, Mitwirkung in Verfahren vor den Familiengerichten.	365
C. Ergebnisse und Resümee zu den sozialrechtlichen Regelungen	366
I. Ergebnisse.	366
II. Resümee	368
1. Erster Themenkomplex: Fundamentale Strukturmerkmale des SGB VIII	369
2. Zweiter Themenkomplex	370
a) Perspektivklärung und Hilfeplan	370
b) Anerkennung des Pflegekindes als Rechtsträger	371
c) Das Wohl des Pflegekindes und sein kindliches Zeitempfinden.	372
d) Das Fazit zum zweiten Themenkomplex	373
3. Dritter Themenkomplex: Die Rechtslage bezüglich anderer involvierter Personen.	373
4. Gesamtergebnis SGB VIII.	374
Viertes Kapitel: Verfahrensrechtliche Regelungen	377
A. Rechtliche Ausgangslage	377
B. Verfahrensrechtliche Regelungen im Speziellen	378
I. §§ 26, 30 FamFG, Ermittlung von Amts wegen und die förmliche Beweisaufnahme.	378
1. Risiko der mangelhaften Amtsermittlung im Fall der Pflegekindschaft – es droht die Verleugnung	379
a) Humanwissenschaftlich nachweisbare Gefahren für das Pflegekind	379

b) Verleugnung der Allgemeingültigkeit von höhergerichtlichen Aussagen für Pflegekinderfälle	381
c) Fazit zur in zweifacher Hinsicht möglichen Verleugnung.	381
2. Zusammenhang mit § 30 Abs. 3 FamFG	382
3. Fazit zu den §§ 26, 30 FamFG	382
II. § 60 FamFG, Beschwerderecht Minderjähriger	382
III. §§ 89 (Ordnungsmittel) und 90 FamFG (Anwendung unmittelbaren Zwanges)	383
IV. §§ 155 ff. FamFG (Vorrang- und Beschleunigungsgebot) und die Rechtsprechung des EGMR	383
1. Rechtsbehelfe für einen Verstoß gegen den Vorrang- und Beschleunigungsgrundsatz, §§ 155b, 155c FamFG	385
2. Fazit zur Kompatibilität von §§ 155 ff. FamFG.	385
V. §§ 156, 157 FamFG, Einvernehmen und Erörterung der Kindeswohlgefährdung	386
1. Überblick	386
2. Kritische Würdigung	387
a) Die Fokussierung auf Erwachsene	388
aa) Einvernehmen	388
bb) Kompromissbereitschaft im Rahmen der Pflegekindschaft	390
cc) Beratung	390
dd) Fazit zur Fokussierung auf die Erwachsenen.	391
b) Das Kindeswohl: Zweitrangig?	391
aa) Nachhaltigkeit und Auflösung von Konflikten	392
bb) Rechtsprechung und gerichtliche Amtsermittlung	393
cc) Fazit zum Kindeswohl im Rahmen von §§ 156, 157 FamFG	394
3. Fazit zu den §§ 156, 157 FamFG	395
VI. § 158 FamFG, Verfahrensbeistand	397
1. Historie.	398
2. Die grundrechtlich geschützte Subjektstellung des Kindes und sein Wille.	398
3. Basale Aspekte und Bezug zu §§ 1684, 1685 BGB	400
a) Bestellung	400
aa) Der Staufener Missbrauchsfall und seine Mahnung	401
bb) Fazit zur Bestellung des Verfahrensbeistandes – die Verantwortung der Richter und der Rechtspolitik	402

	(1) Die Verantwortung der Richter	402
	(2) Die Verantwortung der Rechtspolitik	403
	(3) Abschließende Betrachtung der Kompatibilität	404
	b) Einlegen von Rechtsmitteln (Verfassungsbeschwerde) durch den Verfahrensbeistand und Stellungnahme des Verfahrensbeistandes	404
	c) Verfahrensbeistand und Einvernehmen	405
	d) Der Verfahrensbeistand im Rahmen des § 1685 BGB	405
	4. Qualifizierung und Fortbildung, die Krux des Verfahrens- beistandes	406
	5. Fazit zu § 158 FamFG, Verfahrensbeistand	406
VII.	§ 159 FamFG, Kindesanhörung	407
	1. Herausforderungen im Rahmen von Anhörungen	408
	2. Absehen von der Anhörung und diesbezügliche Rechtsprechung.	409
	a) Eindrücke aus der Rechtsprechung	409
	b) Die tatsächliche Rechtslage bei Pflegekindschaft	410
	3. Fazit zu § 159 FamFG (Kindesanhörung)	412
VIII.	§ 160 FamFG, Anhörung der Eltern	412
	1. Die Anhörung der Eltern und der Grundsatz der Kindes- wohltdienlichkeit vom Umgang gemäß § 1626 Abs. 3 Satz 1 BGB.	413
	2. Fazit zur Kompatibilität.	414
IX.	§ 161 FamFG, Mitwirkung der Pflegeperson	414
	1. Verfahrensrechtliche Stellung der Pflegeeltern, deren Beteiligung und Beschwerderecht	415
	a) Beeinträchtigung von Rechten	415
	aa) Rechtswirklichkeit, höherrangiges Recht und außerjuristische Erkenntnisse	416
	bb) Schlussfolgerung zur Beeinträchtigung von Rechten	418
	b) Fazit zur verfahrensrechtlichen Stellung der Pflegeeltern	418
	2. § 161 Abs. 2 FamFG, Anhörung der Pflegeeltern	419
	3. Fazit zur Kompatibilität von § 161 FamFG	420
X.	§ 162 FamFG, Mitwirkung des Jugendamtes	421
	1. Anhörung, § 162 Absatz 1 FamFG	421
	2. Beteiligung des Jugendamts	422
	3. Beschwerde des Jugendamts, § 162 Abs. 3 Satz 2 FamFG	422
	4. Schlussfolgerung zu § 162 FamFG	423

XI. § 163 FamFG, Begutachtung	423
1. § 163 Abs. 1 FamFG, Qualifikation des Sachverständigen.	424
a) Geeignetheit des Sachverständigen.	424
b) Erforderlichkeit eines Gutachtens	425
c) Begleitende Regelungen während der Begutachtung	427
d) Problematiken rund um die Qualität von Gutachten und diesbezügliche Rechtsprechung	427
e) Zwischenergebnis zur Kompatibilität von § 163 Abs. 1 FamFG.	429
2. § 163 Abs. 2 FamFG, Einvernehmen	429
3. Durchführung der Begutachtung	431
a) Fristsetzung und Ordnungsgeld.	431
b) Ablehnung des Sachverständigen wegen Befangenheit.	431
4. Würdigung des Gutachtens	432
a) Kritische Würdigung	432
b) Abweichen vom Gutachten	434
5. Fazit zu § 163 FamFG.	434
XII. § 166 FamFG, Abänderung und Überprüfung von Entscheidungen und gerichtlich gebilligten Vergleichen	435
C. Resümee zu den verfahrensrechtlichen Regelungen.	436
I. Inkompatible Aspekte des FamFG	436
II. Kompatible Aspekte des FamFG	438
III. Fazit zur Kompatibilität des FamFG	439
Fünftes Kapitel:	
Ergebnisse zum geltenden Recht und Resümee.	441
A. Ergebnisse zum geltenden Recht	441
I. Die gerichtliche und die behördliche Praxis.	441
II. Kompatibilität der interdependenten Gesetzesgrundlagen.	443
B. Resümee.	444
I. Zur weiteren Interdependenz und Divergenz von BGB, SGB VIII sowie FamFG	446
II. Schlüsselprobleme.	447
1. Spezielle Schlüsselprobleme.	448
2. Konzeptionelle Schlüsselprobleme.	449

Sechstes Kapitel:	
Vorschläge und Schlusswort	451
A. Lösungsvorschläge zu BGB, SGB VIII und FamFG	451
I. Spezielle Lösungsvorschläge	452
1. Lösungsvorschlag 1: Signifikante Beratung und Unterstützung des Pflegekinds (Vor- und Nachbereitung bei Umgang)	452
a) § 8 Abs. 3 SGB VIII-RegE, Anspruch auf Beratung.	453
b) Beratung und Unterstützung des Kindes in Vollzeitpflege bei der Ausübung des Umgangsrechts als neuer § 37 SGB VIII-DissE	453
aa) Beratung und Unterstützung des Kindes in Vollzeit- pflege bei der Ausübung des Umgangsrechts und der elementare Zusammenhang mit der Rückkehrproption des Pflegekinds	454
(1) Festschreibung und Umsetzung von signifikanter Beratung und Unterstützung des Pflegekinds in Abhängigkeit von der (Prognoseentscheidung einer) Rückkehrperspektive des Pflegekinds	454
(2) Beratung und Unterstützung des Pflegekinds in Bezug auf den Um- gang mit Geschwistern in Abhängigkeit einer Rückkehrperspektive	455
bb) Kein Entfall durch Einschränkung oder den Aus- schluss des Umgangsrechts der berechtigten Personen	455
cc) Vor- und Nachbereitung	455
c) § 36a SGB VIII-DissE, Ergänzende Bestimmungen zur Hilfeplanung bei stationären Leistungen	456
d) Fazit zur signifikanten Beratung und Unterstützung des Pflegekinds.	456
2. Lösungsvorschlag 3: Zusammenwirken von Herkunftseltern, Pflegeeltern und Staat zum Wohl des Kindes	457
3. Lösungsvorschlag 4: Umgang des Pflegekinds mit Geschwistern	458
a) § 1685 Abs. 1 BGB-DissE.	458
aa) Abgestufte Besuchsrechtsfolge	459
bb) Funktion und Teleologie des Umgangsrechts im Sinne des § 1685 Abs. 1 BGB-DissE.	459
b) Zu § 1685 Abs. 3 BGB-DissE	459

aa) Zusammenarbeit und Umgangspflegschaft	459
bb) Einschränkung oder Ausschluss	460
c) Fazit zum Lösungsvorschlag 5: Umgang des Pflegekinds mit Geschwistern	460
4. Lösungsvorschlag 5: Ermittlung und Berücksichtigung der Vorgeschichte und aktuellen Lebenslage des Pflegekinds (Vulnerabilität) unter Bezugnahme auf den Hilfeplan durch Jugendamt und Familiengericht	460
a) Gegenstimmen	462
b) Planvolle Zielerreichung der Sicherung des Kindeswohls . .	462
c) Fazit.	464
5. Lösungsvorschlag 2: (signifikante Beratung und Unterstützung der Pflegeeltern/ Vor- und Nachbereitung von Umgang) und Lösungsvor- schlag 7 (Stärkung der rechtlichen und tatsächlichen Stellung der Pflegeeltern)	464
a) Zum SGB VIII	465
aa) § 37a Abs. 2 SGB VIII-DissE, Beratung und Unter- stützung bei der Ausübung des Umgangsrechts	466
bb) Fazit zum SGB VIII.	467
b) Zum BGB	467
aa) Handlungskompetenzen der Pflegeeltern	467
(1) Reform des Vormundschaftsrechts	468
(2) § 1630 Abs. 4 BGB-DissE	469
bb) Stärkung der Pflegeeltern im Rahmen von § 1684a BGB-DissE	471
cc) Fazit zum BGB	471
c) Zum FamFG	472
aa) Beschwerdebefugnis von Pflegeeltern	472
bb) Ausschluss der Ordnungshaft.	472
d) Fazit zu Lösungsvorschlag 2: (signifikante Beratung und Unterstützung der Pflege- eltern/Vor- und Nachbereitung von Umgang) und Lösungsvorschlag 7 (Stärkung der rechtlichen und tat- sächlichen Stellung der Pflegeeltern)	473
6. Lösungsvorschlag 8: Kontinuitätssicherung, Stabilität und Sicherheit (Perspektiv- planung, Berücksichtigung des kindlichen Zeitempfindens) . .	474
a) Permanency Planning	474

aa)	Inhalt des Permanency Planning	475
bb)	Die Gefahren von Verleugnungen eindämmen.	475
b)	Zum SGB VIII	475
aa)	§ 33 SGB VIII-DissE, Vollzeitpflege	476
bb)	§ 36a SGB VIII-DissE, Ergänzende Bestimmungen zur Hilfeplanung bei stationären Leistungen	477
(1)	Absatz 1	478
(2)	Absatz 2	478
(3)	Absatz 2 Satz 3, Annahme als Kind	479
c)	Zum BGB	480
aa)	§ 1632 Absatz 4 Satz 2 BGB-RegE, Verbleiben	480
(1)	Das Wegnahmeverlangen der Herkunftseltern und eine Definition der Dauervollzeitpflege	481
(2)	Erforderlichkeit zum Wohl des Kindes und die Verbindung zu §§ 1630, 1666, 1688 BGB.	482
(3)	Fazit zu § 1632 Absatz 4 Satz 2 BGB-RegE, Verbleiben	484
bb)	§ 1684a BGB-DissE	484
cc)	§ 1696 Abs. 3 BGB-RegE	485
(1)	Die Rolle der leiblichen Eltern	485
(2)	Negative Kindeswohlprüfung	486
(a)	Bindungstoleranz	487
(b)	Fazit zur Bindungstoleranz im Rahmen von § 1696 Abs. 3 BGB-RegE.	489
(3)	Fazit zu § 1696 Abs. 3 BGB-RegE	489
dd)	§ 1697a Abs. 2 BGB-DissE, Kindeswohlprinzip	489
(1)	Satz 1	490
(a)	Berücksichtigung der Perspektive	490
(b)	Umgangsrechtlicher Bezug: Bestehen einer Rückkehroption und die Schlüsselfunktion von Umgang.	490
(2)	Satz 2	491
(a)	Umgangsrechtlicher Bezug: Nichtbestehen einer Rückkehroption.	491
(b)	Einzelfallentscheidungen und Wortlaut des § 1697a Abs. 2 BGB-RegE.	493
(3)	Fazit zu § 1697a Abs. 2 BGB-DissE.	493
ee)	Fazit zu Kontinuitätssicherung, Stabilität und Sicher- heit im BGB	494

d) Zum Verfahrensrecht	494
e) Fazit zu Kontinuitätssicherung, Stabilität und Sicherheit . .	495
7. Lösungsvorschlag 6: Festschreibung und Umsetzung von signifikanter Beratung und Unterstützung der Herkunftseltern in Abhängigkeit von der prognostischen Perspektive des Pflegeverhältnisses (sowie Vor- und Nachbereitung bei Umgang)	498
a) Grundsätzliche Beratung und Unterstützung von Her- kunftseltern, § 37b SGB VIII-DissE	498
aa) Rechtsanspruch	499
bb) Bestehende oder nicht bestehende Rückkehroption . .	499
b) Beratung und Unterstützung der Herkunftseltern speziell für Umgangsregelungen	500
aa) Konkretisierung der Beziehungsförderung im Sinne eines § 37b Abs. 2 SGB VIII-DissE	501
bb) Umsetzung und Inhalte der Beratung und Unter- stützung	502
(1) Vorangegangenes Unrecht	502
(2) Vor- und Nachbereitung	502
(3) Begleiteter Umgang und Abflauen der Umgangs- kontakte	503
(4) Das Wohl des Kindes – Nicht nur eine Floskel . . .	503
c) §§ 1632 Abs. 4 Nr. 1 BGB-RegE und 1697a Abs. 2 Satz 1 BGB-DissE	503
d) Fazit zur signifikanten Elternarbeit	503
II. Konzeptionelle Lösungsvorschläge	504
1. Lösungsvorschlag 13: Keine Geltung der Regelvermutung der Kindeswohldienlich- keit von Umgang mit den Herkunftseltern unter Aufhebung von Überidealisierung und negativen Effekten	504
a) Keine Geltung der Regelvermutung des § 1626 Abs. 3 Satz 1 BGB	505
aa) §§ 1626 Abs. 3 und 1630 Abs. 3 BGB-DissE	505
bb) Fazit zu § 1626 Abs. 3 Sätze 3 und 4 bzw. § 1630 Abs. 3 BGB-DissE	507
b) Aufhebung negativer Effekte auf die Einschränkung (begleiteter Umgang) und den Ausschluss von Umgang . .	507
aa) Kompensation, Handel und Verteilungsgerechtigkeit für Umgangsregelungen bei Pflegekindschaft	508

(1) Auseinanderfallen von Recht und Lebenswirklichkeit als Wurzel der Problematik	509
(2) Weitere Gründe für das Vorliegen von Kompensation, Handel und Verteilungsgerechtigkeit	509
(3) Kein oder fragliches Verschulden der Herkunftseltern	511
(4) Fazit zur Thematik Kompensation, Handel und Verteilungsgerechtigkeit für Umgangsregelungen bei Pflegekindschaft	513
bb) Zu § 1684 BGB.	515
(1) Überlegungen zu einem § 1684a Abs. 1 BGB-DissE	515
(a) Voraussetzung der Kindeswohldienlichkeit von Umgang zwischen Herkunftseltern und Pflegekind	515
(b) Voraussetzung des „Widersprechens“	516
(2) Überlegungen speziell zur Einschränkung (begleiteter Umgang) und dem Ausschluss von Umgang im Sinne eines § 1684a Abs. 4 BGB-DissE.	516
(a) Maßgebliche Schwelle.	517
(b) Begleiteter Umgang	518
(3) Stellungnahme zu den Überlegungen im Hinblick auf einen § 1684a Abs. 1 BGB-DissE sowie die Einschränkung (begleiteter Umgang) und den Ausschluss von Umgang.	519
(a) Verfassungsrechtliche Stellung der Eltern.	519
(b) Einschränkung der Regelvermutung.	519
(c) Die Schwelle der Kindeswohlgefährdung.	520
(d) Sensitivierung, § 1684a Abs. 4 Satz 2 BGB-DissE.	520
cc) Verwirkung des Umgangsrechts	521
(1) Prüfung der Verwirkung für den Fall der Umgangsregelung zwischen Pflegekind und Herkunftseltern	521
(a) Fallgruppen Desinteresse oder Nichtannahme	522
(b) Die Verwirkung von Umgangsrechten im Kontext der Rechtsordnung.	522
(2) Fazit zur Verwirkung des Umgangsrechts im Rahmen der Pflegekindschaft.	523
c) Fazit zu Lösungsvorschlag 13.	523

2. Lösungsvorschlag 15: Beachtung der Hierarchie der wichtigen Regelungsaufgaben und Festschreibung der detaillierten Umgangsregelung im Hilfeplan	524
a) Beachtung der Hierarchie der wichtigen Regelungs- aufgaben	524
b) Festschreibung der detaillierten Umgangsregelung im Hilfeplan	525
aa) Lösung im Rahmen eines § 36 Abs. 2 SGB VIII-DissE	525
bb) Lösung nach Vorschlag des KJSG im Rahmen eines § 36a SGB VIII-DissE	525
c) Fazit zu Lösungsvorschlag 15	526
3. Lösungsvorschlag 16: Ausbalancierte gesetzliche Systematik und Interdependenz, die ein Zusammenwirken aller Akteure sicherstellt	527
4. Lösungsvorschläge 9-12, 14 und 17 zu den Schlüsselproble- men 9-12, 14 und 17	528
a) Zur Lösung des Schlüsselproblems Nr. 9	528
b) Zur Lösung der Schlüsselprobleme Nr. 10 und 11	528
c) Zur Lösung der Schlüsselprobleme Nr. 12 und 14	529
d) Zur Lösung des Schlüsselproblems Nr. 17	529
e) Ergebnis der Lösungsvorschläge zu den Schlüsselproblemen 9-12, 14 und 17	529
III. Fazit zu den speziellen und konzeptionellen Lösungsvorschlägen .	529
B. Schlusswort	530
Anhang	533
A. Rechtsprechungsübersicht: Vertiefend untersuchte Rechtsprechung des Kapitels 2 B. II. 1. d) zu § 1684 Abs. 4 BGB nach dem Jahr 2000	533
B. Übersichten der speziellen und konzeptionellen Schlüsselprobleme	538
I. Übersicht der speziellen Schlüsselprobleme	538
II. Übersicht der konzeptionellen Schlüsselprobleme	538
C. Synoptische Darstellung der Lösungsvorschläge	540
D. Grafik zu Schlüsselproblemen und Lösungsvorschlägen	551